

Betreff: **Kommunalwahlen vom 14. März 2020 – Wählerinnen und Wähler wollen wissen....**

Von: jan.gumbert@spd-fraktion.frankfurt.de <jan.gumbert@spd-fraktion.frankfurt.de>

An: carerevolution-rhein-main@posteo.de <carerevolution-rhein-main@posteo.de>

Datum: 18.01.2021 19:43

Sehr geehrte Damen und Herren vom **Netzwerk Care Revolution Rhein-Main**,

haben Sie vielen Dank für Ihre E-Mail vom 11. Januar 2020, in der Sie uns einige Fragen zur Gestaltung des Zusammenlebens in Frankfurt stellen.

Gern erläutern wir Ihnen unsere Vorstellung von gerechter Teilhabe und einem sozialen Zusammenleben in unserer Stadt. Wir freuen uns, wenn wir Ihnen damit einen besseren Eindruck unserer Positionen, auch in Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl, geben können. Bitte entnehmen Sie unsere Antworten ihrer unten angehängten E-Mail.

Sollten Sie weitere Fragen oder Anregungen haben kommen Sie gern auf uns zurück.

Mit besten Grüßen,

Jan Gumbert

Fraktionsreferent

Tel.: (069) 212 - 417 50

Fax: (069) 212 - 417 40

jan.gumbert@spd-fraktion.frankfurt.de



Haus Silberberg
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
www.spd-im-roemer.de



Sie erreichen uns telefonisch in der Regel von 9.30 bis 17.00 Uhr
bzw. Freitags von 9.30 bis 15.00 Uhr.

Von: CareRevolution-Rhein-Main <carerevolution-rhein-main@posteo.de>

Gesendet: Montag, 11. Januar 2021 08:31

Betreff: Kommunalwahlen vom 14. März 2020 – Wählerinnen und Wähler wollen wissen....

Guten Tag,

Sie treten am 14. März 2020 bei den Kommunalwahlen an, um das Zusammenleben in Frankfurt in den kommenden 4 Jahren zu gestalten, falls Sie gewählt werden. Wir unterbreiten Ihnen eine Liste von Anliegen, die wir, als Aktive des Netzwerks Care Revolution für zentral erachten, damit in Frankfurt nicht nur privilegierte Minderheiten Bedingungen vorfinden, die ein gutes Leben möglich machen. Wir danken Ihnen schon im Voraus auf Ihre Ausführungen zu den gestellten Fragen. Wir werden sie auf unserem Blog veröffentlichen und so allen interessierten Wählern und Wählerinnen zugänglich machen.

1. Daseinsfürsorge gehört in öffentliche Hand

Corona hat gezeigt, wie zentral gut funktionierende öffentliche Infrastrukturen der Daseinsfürsorge sind. Was wollen Sie unternehmen, damit Kliniken, Pflegeheime, Kitas, Horte, usw... zwecks besserer Versorgungsplanung und Koordination als städtische Einrichtungen betrieben werden bzw. wie wollen Sie darauf hinwirken, dass sie wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden?

Aus unserer Sicht gehört die Daseinsvorsorge in öffentliche Hand. Beispielsweise haben wir durchgesetzt, dass zunächst die Hälfte aller Buslinien wieder direkt an die VGF vergeben werden und die Leiharbeit in den städtischen Schwimmbädern beendet wurde. Unser Ziel bleibt die komplette Rekommunalisierung des Busverkehrs. Beim Betrieb von Pflegeheimen, Kitas und anderen sozialen Einrichtungen leisten die freien Träger großartige Arbeit. Damit sie ihre Arbeit in der gleichen hohen Qualität fortsetzen können fordern wir den Tarifausgleich für die freien Träger. Die Träger zahlen faire Löhne nach Tarif, dann muss die Stadt dies in der Bemessung der Zuschüsse berücksichtigen.

2. „Systemrelevante“ Berufe müssen aufgewertet werden

Welche der in Corona als „systemrelevant“ erkannten Berufe, nämlich Pflege, Erziehung, Betreuung, Fahrdienste für Menschen mit Behinderung werden Sie tarifieren, das Tarifniveau entsprechend anheben und wie wollen Sie für eine ausreichende Personalbemessung sorgen?

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Gewinne von privaten Pflegedienstleistern / kirchlichen Einrichtungen der Öffentlichkeit kommuniziert werden? (Welche Gewinne erzielten die Agaplesion gAG, die AWO, die Caritas, die Diakonie, etc...in den letzten 20 Jahren?)

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass öffentlich bekannt wird, ob die Angestellten dieser Unternehmen und Einrichtungen nach Tarif bezahlt werden und mit wem ein Tarifvertrag geschlossen wurde? Damit transparent wird, um wieviel Prozent die Bezahlung im Bezug zu einem verdi-Tarifvertrag differiert? welcher Prozentsatz des Personals dieser Unternehmen/Einrichtungen outgesourcet wird und um welches Personal es sich handelt?

Welche Handlungsstrategien haben Sie vor zu entwickeln, nach der Beantwortung dieser Fragen?

Wir fordern eine tarifgerechte Bezahlung für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer, unabhängig von der Systemrelevanz des Berufs. Doch gerade für die Angestellten in sozialen Berufen fordern wir eine angemessene Bezahlung. Die Corona-Krise hat verdeutlicht wie wichtig die Arbeit in Krankenhäusern, in der Pflege, in Kitas oder in der Betreuung von Menschen mit Behinderung ist. Es ist eine Kernforderung der SPD, dass diese Berufe endlich fair bezahlt werden. Es ist sehr traurig, dass es eine Krise gebraucht hat damit dies auch anderen Parteien bewusst wurde. Die SPD fordert, dass alle städtischen Unternehmen, stadtnahen Vereine und Zuschussempfänger nach Tarif bezahlen und die größtmögliche Transparenz an den Tag legen.

3. Familien mit Kindern brauchen Entlastung

Wie gedenken Sie Erwerbstätige und besonders Alleinerziehende zu unterstützen, wenn sie kranke Kinder – auch mal längerfristig - zu versorgen haben, die dann nicht in Kitas oder sonstige kollektive Betreuungseinrichtungen untergebracht werden können während die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, (auch nach Corona)?

Entlastende Regelungen für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen müssen, müssen auf Bundesebene unbedingt getroffen werden. Das gehört zu unserem Verständnis von Solidarität und gehört unbedingt in die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern integriert.

Was wollen Sie unternehmen, um die Personalschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern?

Auch in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie unverzichtbar ausreichend Personal in Kinderbetreuungseinrichtung ist. Denn solche Einrichtung sind eine wichtige Stütze für Eltern und entscheidend bei der Herausforderung, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Wir setzen uns daher weiterhin für einen besseren Personalschlüssel ein und haben hierzu beispielweise große Öffentlichkeitskampagnen auf Kommunaler Ebene umgesetzt. Bund und Land sind klar in der Pflicht, dieser wichtigen Aufgabe nachzukommen.

4. Der Rückstand in Sachen Inklusion muss dringend abgebaut werden

Deutschland hat 2009 die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Darüber hinaus ist die Grundrechtecharta der EU für Deutschland verbindlich

Art. 26 der Grundrechtecharta der EU sagt:

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit diese Ansprüche verwirklicht werden?

Konkret:

- Wohnen – Menschen mit Behinderung und Familien mir einem Angehörigen mit Behinderung (Kind oder Erwachsener) brauchen nicht nur barrierefreie sondern behindertengerechte Wohnungen. Der Bedarf an solchen Wohnungen übersteigt die zu Verfügung stehende Anzahl in Frankfurt. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das zu verändern? Wir erwarten, dass neben anderen Wohnungsbaugesellschaften besonders die ABG diese Auflagen erfüllen müssen, gerade auch wenn Renovierungen anstehen. Auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, die inklusiv ausgerichtet sind, sollten besonders gefördert werden.

- Zur Entlastung pflegender Angehöriger sind besonders mit Personal gut ausgestattete Pflegeheime notwendig. In Frankfurt gibt es kein Kinderpflegeheim. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Familien, die schon so sehr belastet sind, nicht noch große Entferungen aufgebürdet bekommen?
- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Inklusion in den Schulen verbessert und in allen Schulen verwirklicht wird?
- Wie wollen Sie sich einbringen, damit Frankfurt als Arbeitgeber den Anteil von Menschen mit Behinderung erhöht?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit der öffentliche Raum (besonders der ÖPNV) barrierefrei gestaltet wird?
- Wie wollen Sie Pflegende Angehörige unterstützen, die sich – unbezahlt – ihren Angehörigen mit Behinderung widmen und damit die Gemeinschaft entlasten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diesen Pflegenden Angehörigen eine ihrem Einsatz gebührende soziale Absicherung und Altersrente zu garantieren?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Pflegenden Angehörigen entlastet werden in ihrem Kampf gegen einen wachsenden und immer undurchsichtigeren Bürokratiedschungel? Wir plädieren für eine wirkliche Einbeziehung und Mitbestimmung der Betroffenen, nämlich der Menschen mit Behinderung und der Pflegenden Angehörigen, bei der Ausarbeitung von Maßnahmen und Regelungen. Wie sehen Sie das?

In der Behindertenpolitik setzt sich die SPD dafür ein, dass Frankfurt dem Anspruch aller Menschen auf Selbstbestimmung, Freiheit von Diskriminierung und gleichberechtigter Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft gerecht wird. Während früher Fürsorge und das Ausgleichen von (vermeintlichen) Defiziten im Zentrum standen, ist aus unserer Sicht nun endlich die gesellschaftliche Teilhabe das Ziel von Behindertenpolitik. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Stabsstelle Inklusion bei allen relevanten Fragen beteiligt wird und beispielsweise Wohnungsbaugesellschaften bei der Erarbeitung von Inklusionskonzepten berät. Neben behindertengerechtem Wohnraum, den vor allem die städtischen Wohnungsbaugesellschaften schaffen müssen, fordern wir auch die sprachliche und bauliche Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Um die Umsetzung von Inklusion an Schulen zu garantieren, haben wir den „Planungsrahmen für weiterführende Schulen mit Modellflächenprogramm für Neubauten von weiterführenden Schulen“ entwickelt, der dem Flächenbedarf für inklusive Beschulung Rechnung trägt. Die Festlegungen im „Planungsrahmen für weiterführende Schulen“ basiert unter anderem auf der pädagogischen Grundannahme „Inklusion -Schule für alle“. Das Recht auf inklusive Bildung wird zudem künftig gleichermaßen von Gesamtschulen und Gymnasien in

schulformgeeigneter Ausprägung realisiert. Die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin hat schon jetzt einen weitaus höheren Anteil an Beschäftigten mit Behinderung als es die Quote erfordert. Derzeit sind über 11% der Beschäftigen Menschen mit einer Behinderung und die SPD würde diesen Anteil gerne weiter erhöhen.

5. Obdachlose und Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen gerade in Pandemiesituationen sichere Unterkünfte

Welche Möglichkeiten werden Sie umsetzen, um Obdachlose und Wohnungssuchende, in Sammelunterkünften zusammengepferchte Menschen und um Frauen, die der Gewalttätigkeit ihrer Partner ausgesetzt sind, in nicht belegten Unterkünften, wie das Haus der Jugend, in nicht-ausgebuchten Hotels bzw. in leerstehenden Häusern menschenwürdig und pandemiegeschützt unterzubringen?

Nicht nur in Pandemiesituationen benötigen Obdachlose und Menschen, die von Gewalt betroffen sind, sichere Unterkünfte. Daher haben wir im aktuellen Haushalt 20/21 beschlossen, dass zusätzliche 37 pauschalfinanzierte Plätze für Frauen geschaffen werden und haben dafür 366.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung hat bereits begonnen: Der Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V. wird zum 01.01.2021 beginnen, Plätze für die pauschalisierte Versorgung für Frauen in Not ohne Anspruch auf ALG II vorübergehend im Haus der Jugend einzurichten. Spätestens zum 01.05.2021 werden bereits 26 Plätze zur Verfügung stehen. Auch von der Möglichkeit der räumlichen Entzerrung durch die Nutzung von leerstehenden Hotels machen wir Gebrauch. Frauen, die psychisch stabil sind und keine persönliche Betreuung benötigen, finden dort eine sichere Unterkunft gemeinsam mit anderen Frauen.

6. Wohngemeinschaft Bonameser Straße muss erhalten aus ausgebaut werden

Werden Sie ein dauerhaftes Bleiberecht der BewohnerInnen und ihrer Nachkommen auf den gepachteten Parzellen garantieren und weitere Plätze dort wieder zur Pacht freigeben bzw. die Möglichkeit weiterer Pachtparzellen prüfen?

Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung (viele Bewohner:innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt), angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der Wohnungsnot für dringend geboten.

Die Diskussion in den vergangenen Jahren hat gezeigt wie schwierig und hitzig diese Debatte ist. Wir fordern einen Dialog zwischen allen Beteiligten, zu denen wir insbesondere auch den Ortbeirat 9 zählen. Eine rein ordnungspolitische Einordnung und Dialogverweigerung der Stadt ist aus unserer

Sicht nicht angemessen.

7. Der Wagenplatz Ostbahnhof braucht Unterstützung.

Werden Sie die derzeitigen BewohnerInnen und ihre Wagen am Ostbahnhof dort unterstützen bzgl. Ver- und Entsorgung bis ein endgültiger Bebauungsplan verabschiedet ist und die Umsetzung beginnt? Werden Sie bis dahin weiter geeignete Gelände eruieren, die als Wagenstandplatz in Frankfurt dienen können? Die Wohnungsnot, die Pandemie und das gemeinschaftliche Engagement von WagenplatzbewohnerInnen und Fahrenden gebieten diese Lösung.

Hier verhält es sich sehr ähnlich wie bei der vorhergegangenen Frage zur Bonameser Straße. Es muss jede Möglichkeit für eine friedliche und einvernehmlich Beilegung des Konflikts geprüft werden.

8. Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Wie würden Sie die Schaffung von Bürger:innen-Räten unterstützen in denen sich Betroffene zusammenschließen, um ihre Anliegen selbstbestimmt zu formulieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten? Es gibt bereits einen Ernährungsrat und es könnte sich Ähnliches entwickeln in den Bereichen Gesundheit. Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Kultur, Freizeit.

Welche Unterstützungs- und Versammlungsmöglichkeiten würden Sie flächendeckend in allen Stadtteilen aufbauen und zur Verfügung und Nutzung bereitstellen für

- Senioren (Treffs, Mittagstisch, Tagesaufenthalt, ...)
- Kinder (Kitas, Spiel- und Sportplätze,...)
- Jugendliche (Jugendhäuser und -cafes, Musikprobe- und -auftrittsräume, Sportplätze,...)

- Mütter (Treffs, Beratung, Hebammen, Babysitter,.....)
- Wasch- und Bademöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Gesundheitszentren,.....

Die Gestaltung des öffentlichen Raumes sehen wir als eine Kernaufgabe von kommunaler Politik. Dazu zählt aus unserer Sicht insbesondere die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Sport, Treffs, Erholung und Beratung. Daher haben wir in den vergangenen Jahren die Öffnung der städtischen Räumlichkeiten für die Vereine und Organisationen in den Stadtteilen vorangetrieben. Wir wollen, dass Schulturnhallen abends auch durch die ortsansässigen Vereine genutzt werden können und in den Schulschwimmbädern Kurse stattfinden. Um eine effiziente Raumvergabe in den städtischen Liegenschaften zu ermöglichen möchten wir ein einheitliches und transparentes Raumvergabesystem einführen, so dass freie Räume unkompliziert vergeben werden können. Eine wichtige Errungenschaft der SPD ist ebenfalls die kostenfreie Nutzung der Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche bis inklusive 14 Jahren. Somit haben Kinder und Jugendliche Zugang zu einem sozialen Treffpunkt, ohne auf den Geldbeutel der Eltern angewiesen zu sein.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und für die Zeit, die Sie sich nehmen, unsere Fragen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Netzwerk Care Revolution Rhein-Main

Carearbeit muss in ihrer fundamentalen Bedeutung erkannt, wertgeschätzt und als politische Priorität gefördert werden.
<https://carerevolution-rhein-main.org/>